



**Broemme
meint**

Erdbeben in Baden-Württemberg

(BS) Das Jahr 2024 wird in die Geschichte der großen Katastrophenschutzübungen eingehen, denn zum ersten Mal fand auf deutschem Boden eine Übung statt, mit der die Zusammenarbeit europäischer Einheiten geplant und geprobt wurde.

Das Land Baden-Württemberg hat, obwohl es über einen gut aufgestellten Katastrophenschutz verfügt, „den Hut in den Ring geworfen“, um eine derartige Übung bei sich durchzuführen. Unter dem Namen „Magnitude“ fand diese Ende Oktober statt. Warum ist das bemerkenswert?

Antwort: Weil man in vielen Teilen Deutschlands derartige Vorbereitungen bislang nie gesehen hat. Ohne Kenntnisse internationaler Standards und englischer Fachbegriffe wären jede Übung und jeder Einsatz zum Scheitern verurteilt. Normen und Standards spielen hier eine entscheidende Rolle – das haben wir bereits bei Einsätzen selbst innerhalb Deutschlands festgestellt.

Möge die Übung kritisch und ausführlich ausgewertet werden. Je mehr Fehler man entdeckt, desto besser ist es für den Ernstfall. Möge diese Übung eine Initialzündung sein, weitere Übungen durchzuführen. Europa rückt auch hier mehr zusammen.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Positives Fazit nach EU-Übung



Einsatzkräfte haben bei der Magnitude-Übung auch einen Schadstoffaustritt geübt.

Foto: BS/Innenministerium BW

(BS) Ende Oktober fand erstmals in Deutschland eine internationale EU-Katastrophenschutzübung statt. Bei der Magnitude-Übung übten haupt- und ehrenamtliche Kräfte aus mehreren europäischen Ländern die grenzübergreifende Zusammenarbeit bei einem Erdbebenszenario. Nun wurde ein erstes Fazit gezogen.

Rund 950 Kräfte aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Griechenland sowie der Schweiz probten über drei Tage die Zusammenarbeit für den Ernstfall. Von der Ankunft der internationalen Teams am Flughafen Stuttgart und dem Grenzübergang Iffezheim bis zum letzten Szenario eines Gefahrgutaustritts an der Landesfeuerwehrschule Bruchsal waren die Einsatzkräfte gefordert. Während an Standorten wie der Mobilien Übungsanlage Binnengewässer oder der Landesfeuerwehrschule Bruchsal nur an einzelnen Tagen trainiert wurde, liefen etwa beim Training Center Retten und Helfen (TCRH) in Mosbach das Suchen, Retten und Bergen rund um die Uhr durch.

Zu den Aufgaben zählten u. a. die Personensuche, -rettung sowie die Identifizierung von Verstorbenen. Zudem wurden 23.000 Liter Wasser für die Trinkwasserver-

sorgung aufbereitet. Der Behandlungsplatz mit einer Fläche von 2.100 Quadratmetern und einer Kapazität von 25 Personen pro Stunde wurde über 24 Stunden betrieben.

Die ersten Eindrücke seien durchweg positiv. Das Zusammenspiel funktioniere gut, auftretende Probleme seien gemeinsam schnell gelöst worden, heißt es vonseiten des baden-württembergischen Innenministeriums. Die nationalen und internationalen Beobachterinnen und Beobachter würden nun ihre Ergebnisse zusammentragen und ihre Schlüsse für den europäischen Katastrophenschutz ziehen.

„Für das Land Baden-Württemberg und auch für den europäischen Katastrophenschutz war die Magnitude-Übung ein großer Erfolg. Das Zusammenspiel von hauptamtlichen und ehrenamtlichen, von internationalen, nationalen und baden-württembergischen Einsatzkräften war die große Herausforderung und hat gut funktioniert. Auftretende Probleme wurden gemeinsam schnell gelöst. Es lief nicht alles perfekt – und das war gut so. Denn wir üben auch, um Fehler zu finden, zu lernen und um uns weiter zu verbessern“, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU).

Erste CBRN-Spezialfahrzeuge beim THW

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) hat die ersten fünf Großfahrzeuge der künftigen auf CBRN-Einsätze spezialisierten EU-Einheit übernommen. Diese Fahrzeuge wurden im Rahmen des Projekts „rescEU CBRN-Dekontaminationskapazität“ entwickelt. Die Einheit „rescEU CBRN Decon Germany“ wird auf Einsätze bei chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Schadenslagen (CBRN) spezialisiert sein.

Die Fahrzeuge basieren auf dem LKW der Fachgruppe Wassergefahren und dienen als Trägerfahrzeuge für neue Dekontaminationscontainer. Mit den Fahrzeugen und den darin befindlichen Dekontaminationscontainern wird das THW später Infrastruktur



Fahrzeuge der rescEU CBRN Decon-Einheit wurden nun dem THW übergeben. Sie stellen eine Reserve für den Ernstfall dar, die international eingesetzt werden soll.

Foto: BS/THW

wie Straßen, Gebäude und Fahrzeuge dekontaminieren. Die Spezialfahrzeuge sind zudem für die Arbeit im schwierigen Gelände dank Seilwinde, Korb und Allradantrieb ausgelegt. Unter den übergebenen Fahrzeugen befinden sich auch vier Führungskraftwagen und vier Mannschaftstransportwagen.

„Diese Einheit ist ein starkes Zeichen für die europäische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz. Die neuen Einsatzfahrzeuge geben uns die Mittel, um auf schwerwiegende CBRN-Gefahren schnell und effektiv zu reagieren“, betonte THW-Präsidentin Sabine Lackner.

rescEU CBRN Decon – eine internationale Kooperation

Die neue Einheit „rescEU CBRN Decon“ wird sich aus Einsatzkräften des THW, der Bundespolizei (BPol) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammensetzen. Sie soll ab Ende 2026 europaweit im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens bei großflächigen CBRN-Schadenslagen eingesetzt werden. Diese Einsätze erfolgen dann, wenn die Kapazitäten des betroffenen Landes und der bereits eingesetzten internationalen Einheiten nicht ausreichen, um die Situation zu bewältigen.

Das Projekt wird durch die Europäische Union finanziert und umfasst ein Gesamtvolumen von 37,5 Millionen Euro bis zum Abschluss im Jahr 2026.

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

28. Oktober:

- Thüringen: Zunahme extremistischer Straftaten
- Lagebild Korruption Berlin veröffentlicht

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

29. Oktober:

- Stab Commander Task Force Baltic offiziell aufgestellt

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

30. Oktober:

- Deshalb stockt die Digitalisierung
- Grüne IT für NRW
- Zertifiziertes Cyber-Europa

E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:

- Bundestag hautnah

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

29. Oktober:

- Illegale Wertschöpfung
- Gesundheits-Booster

EPC
EUROPEAN POLICE CONGRESS

20.–21. MAI 2025

CityCube Berlin

NEUER TERMIN

www.european-police.eu

Herrmann verspricht Novelle noch 2024

(BS) Noch 2024 soll ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Feuerwehrgesetzes in Bayern das Licht der Welt erblicken. Dies kündigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) an. Auch zum Inhalt äußerte sich der Innenminister. Mit dem neuen Gesetz soll das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Damit folge das Innenministerium in München den Stellungnahmen des Landesfeuerwehrverbands Bayern, des Bayerischen Gemeindetags und des Bayerischen Städtetags. „Die Verbände sprechen sich für eine Höchstaltersgrenze

analog dem gesetzlichen Renteneintrittsalter aus. Eine völlige Aufhebung der Höchstaltersgrenze dagegen erscheint nicht sinnvoll“, erklärte Herrmann. Im Vergleich zu einer völligen Aufhebung sei weniger Bürokratie und ein einfacherer Vollzug zu erwarten. Denn bei einer vollständigen Aufhebung müssten Überlegungen zu Eignungsuntersuchungen angestellt werden. Zusätzlich trage die Anhebung auch dem demografischen Wandel Rechnung, so Herrmann weiter. Neben dieser Regelung soll es auch eine Anpassung zum Kostenersatz in der Novelle geben.



Die Novellierung des Feuerwehrgesetzes kommt noch dieses Jahr, kündigte Innenminister Herrmann (CSU) an.

Foto: BS/Dombrowsky

Zivilschutz kritisiert

(BS) „Angesichts der ernststen weltpolitischen Sicherheitslage müssen wir auf einen Bündnis- oder Verteidigungsfall vorbereitet sein. Dafür brauchen wir eine Stärkung der Zivilen Verteidigung und einen umfassenderen Zivilschutz“, kritisiert Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

Er wirft dem Bund, der für den Zivilschutz zuständig ist, Untätigkeit vor. Auch zweieinhalb Jahre nach dem russischen Angriff fehle es an klaren Vorgaben des Bundes. „Der Bund muss endlich ein Gesamtkonzept und Rahmenbedingungen festlegen, damit die Länder notwendige Vorbereitungsmaßnahmen ergreifen können. Das Bundesinnenministerium nimmt seine koordinierende Rolle in der Zivilen Verteidigung bisher nur unzureichend wahr“, so Herrmann.

Besonderen Bedarf sieht der Innenminister im Bereich der Gesundheitsversorgung. Dort seien die Vorbereitungen mangelhaft. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) geht von rund 1.000 Patientinnen und Patienten täglich im Verteidigungsfall aus. Auch die Bundeswehr rechnet mit 300 bis 1.000 Patienten bei Gefechten mit einem gleichwertigen bzw. stärkeren Gegner.

Deutschland kommt im Verteidigungsfall als Drehscheibe für die NATO eine besondere Bedeutung zu. Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser können die Versorgung der Patienten nicht alleine stemmen. Das Militär ist dabei auf die zivilen Kapazitäten angewiesen.

LAUTSTARKE
UNTERSTÜTZUNG
AUF ERSTAUNLICHE
DISTANZ



MARTIN-HORN®
... das Original!

Deutsche Signal-Instrumenten-Fabrik, Max B. Martin GmbH & Co.KG,
Albert-Schweitzer-Straße 2, D-76661 Philippsburg
Tel.: +49 (0) 72 56 / 920-0, Fax: +49 (0) 72 56 / 83 16,
Mail: info@maxbmartin.de, www.maxbmartin.de

Neuer LFV-Präsident

(BS) Michael Wegel ist neuer Präsident des Landesfeuerwehrverbands Baden-Württemberg. Er folgt damit Dr. Frank Knödler nach, der das Amt seit 25 Jahren innehatte. Wegel wurde mit 97 Prozent der Stimmen der mehr als 400 Delegierten gewählt. Zuvor war er Vizepräsident des Verbandes.

Wegel ist Vorsitzender des Kreisfeuerwehrverbandes Ortenaukreis. 2019 wurde er zum Vizepräsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg gewählt. Er ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Vereines Baden-Württembergisches Feuerwehrheim.

„Über ein Vierteljahrhundert hinweg hat Dr. Frank Knödler in leitender Position im Feuerwehrwesen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gesorgt und die Feuerwehren in Baden-Württemberg maßgeblich mitgeprägt. Als promovierter Chemiker hat er gewissermaßen als Katalysator gewirkt: Er hat Dinge beschleunigt und war an allen wesentlichen Verbesserungen für das Feuerwehrwesen beteiligt. Das verdient unser aller Dank und Anerkennung“, erklärte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) zum Abschied von Knödler. Knödler war von 1992 bis zu seinem Ruhestand 2019 als Leiter der Branddirektion Stuttgart tätig.



Michael Wegel ist neuer Präsident des LFV Baden-Württemberg.

Foto: BS/Feuerwehrverband BW

Zivil-Militärische Übung in Düsseldorf

(BS) Im Rahmen der Übung „Lokale Katastrophenschutzübung interdisziplinär 2024“ übten etwa 300 zivile und militärische Kräfte auf dem Düsseldorfer Mobilmachungsstützpunkt. Darunter waren etwa 100 Soldatinnen und Soldaten vom Landeskommmando Nordrhein-Westfalen, dem Heimatschutzregiment in Münster und der Sanitätsstaffel 1 aus Köln-Wahn. Seitens der zivilen Hilfsorganisationen waren die Johanniter und Malteser, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland und das Technische Hilfswerk vor Ort.

Anspruch der Übung ist es, die Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Kräften im Katastrophenfall einzuüben. Das Szenario sieht einen Großbrand in einem militärischen Sicherheitsbereich, dem Mobilmachungsstützpunkt Düsseldorf, vor. Für die Organisation der Übung zeichnen sich die Reservistinnen und Reservisten des Kreisverbindungskommandos Düsseldorf verantwortlich. Sie bieten sich für derartige Aufgaben an, weil sie eng mit den Strukturen und Ansprechpartnern vor Ort vernetzt



Sanitäterinnen und Sanitäter übten bei Lo-Ki24 in Düsseldorf.

Foto: BS/Bundeswehr/Richard van Lipzig

sind. Übungen zwischen militärischen und zivilen Einheiten finden ganzjährig statt. Zumeist beinhalten sie jedoch weniger als 100 Teilnehmende.

Die Soldatinnen und Soldaten der Verbindungskommandos beraten dann die zivilen Krisenstäbe in Bezug auf mögliche Unterstützungsleistungen durch die Bundeswehr. Dazu zählen zum Beispiel logistische Hilfe oder der Einsatz von Personal und Ausrüstung. Diese Beratung basiert auf umfassendem Wissen über die Region und die Fähigkeiten der Bundeswehr, was eine präzise und zielgerichtete Unterstützung im Katastrophenfall ermöglicht.

Miele

Ihr schützt Leben. Wir schützen eure Ausrüstung.

Wir verstehen, welchen Herausforderungen und Gefahren Feuerwehren und andere Einsatzkräfte täglich gegenüberstehen. Und bieten 360PRO: Unser ganzheitlich abgestimmtes System für die Aufbereitung von Schutzausrüstung – damit Ihr Team sich schnell und kontaminationsfrei auf den nächsten Einsatz konzentrieren kann. Natürlich mit ausgezeichnetem Miele Service. Entdecken Sie mehr unter www.miele.de/pro/fire

Miele Professional. Immer Besser.

360 PRO

Mehr als 10.000 Leben pro Jahr retten

(BS/Stefan Prass*) Mehr als 120.000 Menschen in Deutschland erleiden jährlich einen plötzlichen Herz-Kreislauf-Stillstand außerhalb eines Krankenhauses, den nur circa zehn Prozent der Betroffenen überleben. Damit ist der Herz-Kreislauf-Stillstand bundesweit die dritthäufigste Todesursache. Mit jeder Minute ohne Hilfe verringert sich die Überlebenschance um zehn Prozent. Laut dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Deutschen Rat für Wiederbelebung und der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin könnten durch eine zügig eingeleitete Reanimation jedes Jahr mindestens 10.000 Menschen zusätzlich gerettet werden.

Auch wenn Deutschland rettungsdienstlich gut aufgestellt ist, braucht der Rettungswagen im bundesweiten Schnitt knapp neun Minuten – in ländlichen Gebieten, bei hohem Einsatzaufkommen oder Stau kann die Anfahrt noch länger dauern. Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand zählt jedoch jede Sekunde, denn schon nach wenigen Minuten fangen Gehirnzellen an irreparabel abzusterben. Daher ist Zeit der entscheidende Faktor.

Sinnvolle Ergänzung der Rettungskette

Hier setzt seit über zehn Jahren die Smartphone-basierte Ersthelfer-Alarmierung (SbEA) an, mit deren Hilfe nach Wahl des Notrufs 112 medizinisch qualifizierte Ersthelfende durch die Leitstelle über die GPS-Komponente ihrer Smartphones geortet und parallel zum Rettungsdienst alarmiert werden. Durch die örtliche Nähe können sie oft schneller als der Rettungsdienst am Einsatzort sein und bis zu dessen Eintreffen lebensrettende Maßnahmen einleiten. Es handelt sich dabei um eine Ergänzung der Rettungskette, die keine Änderung an der etablierten Struktur des Rettungsdienstes bedeutet. Es geht vielmehr darum, das therapiefreie Intervall zu verkürzen und somit die Überlebenschance und -qualität der Betroffenen zu erhöhen.

Mithilfe der SbEA kann die Zahl der Betroffenen gesenkt werden, die nach einer Reanimation versterben oder schwere neurologische Schäden aufweisen. Jedes Jahr



Durch eine schnelle Reanimation könnten unzählige Leben gerettet werden.

Foto: BS/Mobile Retter

fallen in Deutschland 1.000 bis 5.000 Menschen ins Wachkoma, viele davon infolge eines Herz-Kreislauf-Stillstandes und zu spät eingeleiteten Wiederbelebnungsmaßnahmen. Diese Patientinnen und Patienten sind zu 100 Prozent pflegebedürftig. Durch die SbEA lassen sich die Kosten für Intensivstation-Aufenthalte, Reha- sowie Pflegemaßnahmen für teils schwerstbehinderte Menschen deutlich reduzieren. Trotz der belegten Wirkungsweise der SbEA, zeigt ein Beitrag des SWR zur Notfallrettung in Deutschland jedoch, dass bislang rund die Hälfte der Rettungsdienstbereiche diese Technik nicht nutzt, obwohl sie seit Jahren international empfohlen wird.

Langfristige Vision

Obwohl mit einer flächendeckenden Verbreitung von Ersthelfer-Systemen jedes Jahr tausende Leben gerettet werden könnten, müssen Städte und Kreise diese immer noch eigenständig einführen und finanzieren. Dazu kommen Herausforderungen wie der Föderalismus im Rettungsdienst sowie die Existenz mehrerer Technologieanbieter und regional unterschiedlich umgesetzte Ersthelferkonzepte. Um das Ziel zu erreichen, die SbEA nachhaltig zu verankern, braucht es bundesweit einheitliche Standards sowie eine gesicherte Finanzierung.

Als Pionier der SbEA in Deutschland mit über zehn Jahren Erfahrung unterstützt der Mobile Retter e.V. Gebietskörperschaften bedarfsgerecht bei der strukturierten Implementierung und dem nachhaltigen Regeltbetrieb. Aktuell unterstützt der Verein 41

Kreise und Städte in sieben Bundesländern. Zahlreiche weitere Regionen befinden sich in der Implementierungsphase oder in Vorbereitung für eine Einführung. Neben der Projektorganisation liegt der Fokus des Mobile Retter e.V. besonders auf dem aktiven Ehrenamtsmanagement. Denn es hat sich gezeigt: Die Technik allein reicht nicht aus, die qualifizierten Ersthelfenden sowie die engagierten regionalen Projektteams sind der Schlüssel zum Erfolg. Nur durch ihr Engagement funktioniert die SbEA.

Als neutrale Instanz engagiert sich der gemeinnützige Verein zudem in der Politik- und Netzwerkarbeit und hat in enger Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (BAGEH) im Oktober 2023 erstmals einen Runden Tisch durchgeführt, der 2024 fortgeführt wurde. Eingeladen waren relevante Stakeholder aus den Bereichen aktives Ehrenamtsmanagement, Hilfsorganisationen, Technologie, Politik sowie Wissenschaft. Neben dem persönlichen Austausch zu Entwicklungen, Herausforderungen und fehlenden Rahmenbedingungen wurde hiermit der Grundstein für eine gemeinsame Position und langfristige Zusammenarbeit gelegt. Schließlich eint alle die Vision, bundesweit Menschenleben retten zu wollen.

Weitere Informationen zum Mobile Retter e.V. unter: mobile-retter.org

**Stefan Prass ist Geschäftsführer vom Mobile Retter e. V.*

ADVERTORIAL

Wenn alles dunkel wird: Die Bedeutung von Notfallkommunikation

(BS) Es ist ein kalter Winterabend, und in einem kleinen Landkreis im Süden Deutschlands beginnt der Strom plötzlich zu flackern. Dann, ohne Vorwarnung, bricht die gesamte Stromversorgung zusammen. Kein Licht, keine Heizung, kein Internet. Die Straßen sind dunkel, und Menschen greifen automatisch zu ihren Smartphones – nur um festzustellen, dass auch das Mobilfunknetz nicht mehr funktioniert.

In einer Welt, die so stark von digitaler Kommunikation abhängig ist, fühlen sich die Menschen auf einmal unsicher und hilflos. Der Stromausfall zieht sich in die Länge. Die Straßen bleiben leer, und es macht sich Unsicherheit breit. Den Menschen gehen Gedanken durch den Kopf: Wie lange wird das noch dauern? Was ist die Ursache? Gibt es einen Notfallplan?

In der örtlichen Leitstelle sitzen die Verantwortlichen angespannt vor ihren Kommunikationsgeräten. Ohne funktionierende Netze sind sie von den Einsatzkräften, den Krankenhäusern und anderen wichtigen Stellen abgeschnitten. Die Funkgeräte reichen nur bedingt aus, und selbst der BOS-Funk ist ausgefallen. Wie können sie in dieser Situation die Koordination aufrechterhalten, wenn Informationen kaum noch ausgetauscht werden können?

Nicht nur ein Romanthema

Diese Art von Szenario – ein großflächiger Blackout – ist keine bloße Fiktion. In den

letzten Jahren haben nicht nur Naturkatastrophen, sondern auch gezielte Hackerangriffe gezeigt, wie anfällig unsere Infrastruktur ist. Kommunikation, ein Grundpfeiler der modernen Gesellschaft, kann in solchen Krisen binnen weniger Stunden zusammenbrechen.

Die Frage, die sich stellt, ist: Wie können sich Städte, Gemeinden, Organisationen und Unternehmen auf eine solche Situation vorbereiten? Welche Alternativen gibt es, wenn herkömmliche Kommunikationsmittel wie Internet und Mobilfunknetze nicht mehr verfügbar sind?

Vorbereitung ist alles

Erfahrungen aus Krisengebieten und Katastrophenlagen weltweit zeigen, dass der Schlüssel in der Vorbereitung liegt. Organisationen, die vorab Notfallkommunikationslösungen etablieren und regelmäßig in Übungen testen, haben einen entscheidenden Vorteil. In solchen Übungen werden Szenarien simuliert, um die Resilienz zu stärken.

Dabei geht es nicht nur um Technologie, sondern auch um den Faktor Mensch dahinter. Die Koordination von Einsatzkräften, die Versorgung von Krankenhäusern oder die Information der Bevölkerung – all das steht und fällt mit der Fähigkeit, Informationen schnell und zuverlässig weiterzugeben. Ein Blackout ist nicht nur ein Test für die technische Infrastruktur, sondern auch für

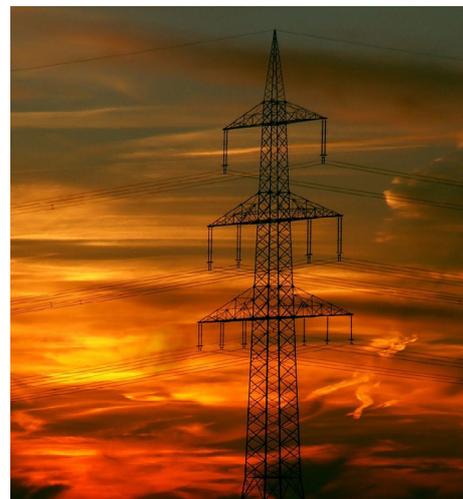


Foto: BS/ADD, pixabay, cin

die organisatorischen Strukturen und die Kommunikationswege in einer Region.

Was bleibt, wenn alle Stricke reißen? Oft sind es robuste, einfache Lösungen wie insbesondere Satellitenkommunikation, die die letzte Brücke zwischen den Verantwortlichen schlagen kann. In diesen Momenten wird deutlich, wie wichtig alternative Kommunikationswege sind, um handlungsfähig zu bleiben – nicht nur für die Behörden, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Das Thema „Effektive Notfallkommunikation beim Blackout“ wird am 17.12. auf der Online-Plattform [NeueStadt.org](https://www.neuestadt.org) diskutiert. Weitere Informationen und eine Anmelde-möglichkeit finden Sie [hier](#).



(BS) Auf der diesjährigen Berlin Security Conference (BSC) widmet sich ein Panel der Frage, wie sich die NATO auf die territoriale Verteidigung rückbesinnen kann. Ziel ist es, zu vergleichen, wie sich Konzepte für die territoriale Verteidigung angesichts der Bedrohung gestalten. Darüber hinaus evaluieren die Teilnehmenden Pläne und Fortschritte. Vertreten sind unter anderem Oberst Peter Fausing, Befehlshaber der Regionalen Verteidigungskräfte West der dänischen Home



Generalleutnant a. D. Martin Schelleis (m.) ist Bundesbeauftragter für Krisenfestigkeit, Sicherheit und zivil-militärische Zusammenarbeit.

Foto: BS/ Bundeswehr/Susanne Hähnel

Guard, und Generalleutnant a.D. Martin Schelleis, Bundesbeauftragter für Krisenfestigkeit, Sicherheit und zivil-militärische Zusammenarbeit.

Die 23. BSC unter dem Motto: „NATO, EU and their Allies: Detering Threats to Freedom and Democracy“ findet am 19. und 20. November in Berlin, im Vienna House Andel's, statt. Weitere Informationen zur Veranstaltung und die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich [hier](#).

Eine Hilfe zum Priorisieren

(BS) „Ich denke niemals an die Zukunft. Sie kommt früh genug.“ Dieses Zitat wird dem Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein zugeschrieben. Während man dem zweiten Satz seine Zwangsläufigkeit nicht absprechen kann, so ist der erste Satz für die Planerinnen und Planer in den Katastrophenschutzorganisationen und -behörden keine Option. Neben der Aufbereitung der vergangenen Lage und Bearbeitung des momentanen Einsatzes muss auch die dritte Zeitebene in Angriff genommen werden. Fallstricke bei der Analyse der Zukunft gibt es viele.

Menschliches Handeln entzieht sich der Künstlichen Intelligenz

Prognosen kennen wir aus Wettervorhersagen. Dort heißt es dann, dass der Tag sonnig wird und die Regenwahrscheinlichkeit unter zehn Prozent liegt. Oft kommt es dabei anders. „Die Zukunft kann man kaum berechnen. Das Klima und das Wetter können Sie ansatzweise berechnen, weil es viele Modelle gibt. Aber auch da stoßen Sie an ihre Grenzen“, sagt Dr. Olaf Theiler, Leiter des Referats Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr. Er beschäftigt sich unter anderem mit der Kapazitätsentwicklung der Bundeswehr und untersucht Zeiträume, die von heute aus 15 Jahre und mehr in die Zukunft reichen.

Theiler sagt, dass es bei Zukunftsanalysen nicht darum gehe, eine genaue Vorhersage zu treffen, was passieren werde, sondern darum, Handlungsräume zu schaffen. „Es

geht darum, heute die richtigen Entscheidungen zu treffen, um die Zukunft zu beeinflussen“, so Theiler. Dazu arbeitet er mit jetzt zur Verfügung stehenden Daten, um mögliche Entwicklungen abzusehen. Aus den vorliegenden Daten bzw. dem jetzigen Wissen entwickeln er und seine Kollegen mittels vielfältiger Instrumente wie der Szenarientwicklung, Trendanalyse oder Delphi-Methode ein mögliches Zukunftsbild mit verschiedenen Entwicklungspfaden. Dabei arbeitet das Referat, das interdisziplinär besetzt ist, inhaltlich zwar weisungsgebunden, aber sonst ergebnisoffen. Künstliche Intelligenz (KI) helfe dabei nur begrenzt, da menschliches Handeln sich der KI entziehe. „Gerade in der Sicherheitspolitik wurden wir immer wieder böse überrascht“, so Theiler.

Die Kunst der Überzeugung

„Man lernt aus jeder Krise. Man muss aber immer fragen, wie sie dokumentiert und aufgearbeitet wird“, sagt Dr. Florian Neisser, Referent im Referat Forschungs koordinierung, Abteilung Zivilschutzausstattung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Neisser macht sich für mehr Strategische Vorausschau im Bevölkerungsschutz stark. Es komme aber darauf an, welche Zeiträume und aus welcher Perspektive diese betrachtet würden. Deutschland sei im Bereich der Strategischen Vorausschau und Zukunftsanalyse ein Nachzügler, aber langsam beginnt ein Prozess der Institutionalisierung. Man kön-

ne von anderen Ländern in diesem Bereich und vom Militär lernen, so Neisser.

Auch Ingo Kolloosche, Leiter des Forschungsfelds Zukunftsforschung & Transformation am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT), unterstreicht, dass man noch so gute Analysen erstellen könne – es bleibe eine Kunst, die Menschen zu sensibilisieren. Es sei aber häufig eine Kapazitätsfrage bei den Kolleginnen und Kollegen und eine ordentliche Portion Überzeugungsarbeit der Analytistinnen und Analytisten. Dabei zeigt sich Kolloosche überzeugt, dass die Gegenwart nicht krisenhafter sei als früher, z. B. in den Hochzeiten des Kalten Krieges.

Keine Panik, sondern Sensibilisieren für die kommenden Probleme

Es geht bei der Präsentation der Ergebnisse nicht darum, Panik zu verbreiten. Kolloosche plädiert für mehr Gelassenheit bei dem Thema. Zwar funktioniere z. B. Ansprache der Bevölkerung für Krisenszenarien heutzutage anders als zuzeiten des Kalten Krieges. Dennoch zeigt er sich überzeugt, dass man mit verschiedenen Kommunikationskanälen und -maßnahmen die Bevölkerung vorbereiten kann.

„Bei Foresight geht es nicht um Panik. Es geht darum, dass Probleme benannt werden und dass man Dinge tut, um sich vorzubereiten“, so auch Theiler.

Rückenwind für die nächsten Etappen der Transformation

Digitale Verwaltung

Rheinland-Pfalz 2024

26. November 2024, Mainz



BSC Berlin Security Conference

23rd Congress on European Security and Defence

19.–20. November 2024

Vienna House Andel's • Berlin

NATO, EU
AND THEIR ALLIES:

Detering Threats to Freedom and Democracy



PARTNERNATION
ESTLAND

www.euro-defence.eu

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Christian Brecht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.